

A stylized world map composed of grey dots, with several dots highlighted in red, primarily in the Balkan region.

Montenegro vor den Wahlen – Was ist wie immer und was ist neu?

MICHAEL EHRKE

Oktober 2012

Wie immer: Der Ausgang der Wahlen ist bekannt

Wie immer ist das Ergebnis der montenegrinischen Wahlen, mit denen am 14. Oktober die 81 Abgeordneten des Parlaments bestimmt werden, ziemlich genau vorauszusagen: Gewinnen wird die von Milo Djukanovic geführte Demokratische Partei der Sozialisten (DPS). Zusammen mit der vom Parlamentspräsidenten Ranko Krivokapic geführten Sozialdemokratischen Partei (SDP), mit der sie in einer Dauerkoalition regiert, wird sie mehr als 50 Prozent der Wählerstimmen gewinnen – und falls nicht, wird ihr die Vielzahl ethnischer Kleinparteien, mit denen sie vertrauensvoll zusammenarbeitet, die Mehrheit verschaffen. Die DPS regiert das Land seit ihrer Gründung 1990, und da sie die Nachfolgepartei des montenegrinischen Zweigs des jugoslawischen Bundes der Kommunisten ist, deren organisatorische Strukturen sie weitgehend beibehält, wird das Land *de facto* seit 1948 von derselben Partei regiert. Und Land und Partei werden seit 1992 von derselben Person geführt, von Milo Djukanovic, der wechselnd das Amt des Präsidenten und des Ministerpräsidenten besetzte, sich nach den Wahlen von 2009 allerdings mit der Position des Parteivorsitzenden und grauen Eminenz zufriedengab, in deren Schatten Igor Luksic als Ministerpräsident wirken durfte. Hinsichtlich der Dauer seiner formellen und informellen Führungsrolle schlägt Djukanovic jeden anderen europäischen Politiker, einschließlich des weißrussischen Diktators Alexander Lukaschenko.

Eine Demokratie, die mehr als zwei Jahrzehnte ohne Regierungs- und personellen Machtwechsel auskommt, setzt sich dem Verdacht der Verfilzung staatlicher Strukturen mit privaten Interessen aus. Dieser Verdacht ist ebenfalls nicht neu, doch indem Moisés Naín Montenegro in *Foreign Affairs*, einer Zeitschrift, die sich selbst

als »Bibel außenpolitischen Denkens« präsentiert, auf eine Liste von »Mafia-Staaten« setzte (ohne allerdings auf das Land selbst einzugehen), machte er gleichsam offiziell, worauf eine ganze Reihe von Indizien immer schon hindeutete: Montenegro scheint geradezu ein Musterbeispiel für *state capture* zu sein, für die Aneignung staatlicher Ressourcen zum Zwecke der privaten Bereicherung.¹ *State capture* ist freilich kein Alleinstellungsmerkmal Montenegros, sondern ein Strukturmerkmal einer ganzen Reihe von Transformationsländern, in denen der private Wirtschaftssektor klein und institutionell nicht »eingebettet« ist, in denen über Karriere- und Einkommenschancen durch parteipolitische Zugehörigkeiten entschieden wird und in denen die politischen Parteien als die Instrumente privater Clans wirken.

Trotz seines mindestens ambivalenten Images schreitet Montenegro auf dem Weg in die EU vergleichsweise schnell voran: Im Juni 2012 wurden die Verhandlungen über den Beitritt des Landes zur EU aufgenommen; die Kapitel über Justiz und Grundrechte sowie Justiz, Freiheit und Sicherheit wurden bereits gescreent, wenn auch noch nicht eröffnet. Dies ist einer der Gründe, warum die Wahlen, die regulär erst im März 2013 stattfinden würden, vorgezogen wurden: Der Erfolg der Verhandlungseröffnung ist noch gegenwärtig und die Konflikte, die in den einzelnen Kapiteln auftreten und montenegrinische Defizite beleuchten werden, liegen noch in der Zukunft. Der zweite Grund für das Vorziehen der Wahlen liegt darin, dass die privaten wie staatlichen Taschen im Oktober kurze Zeit nach der Touristensaison noch gefüllt sein werden, so dass die wirtschaftliche Misere des Landes weniger deutlich sichtbar ist.

1. Solveig Richter, Montenegro: Klein, aber gar nicht fein, *SWP Aktuell*, Juni 2012.

Wie immer: Die Opposition ist gespalten

Die Opposition hat sich – wie immer – auf keine einheitliche Linie einigen können. Gleichwohl haben sich die Konstellationen zwischen den Oppositionsparteien verschoben. Die Opposition tritt in drei Blöcken an: Die »Bewegung für Änderungen« Nebojsa Medojevic und die Neue Serbische Demokratie/NOVA Andrija Mandic haben sich zur Demokratischen Front (DF) zusammengeschlossen und den früheren jugoslawischen Diplomaten und Außenminister Montenegros Miodrag Lekic zu ihrer Gallionsfigur gewählt. Sie versuchten auch, die größte Oppositionspartei, die von Srdjan Milic geführte Sozialistische Volkspartei (SNP), in die DF zu ziehen. Dies wäre darauf hinausgelaufen, dass sich ein neues und nicht erprobtes Bündnis der soliden organisatorischen Strukturen der SNP bemächtigt hätte. Nur etwa ein Zehntel der SNP-Funktionäre jedoch folgte dem Aufruf der »Front«, während die größere Rest-SNP nun als zweiter Oppositionsblock auftreten wird. Der dritte Block ist eine neue Partei mit dem Namen »Positives Montenegro«, in der weitgehend unbekannte Vertreter zivilgesellschaftlicher Gruppen, aber auch der privaten Wirtschaft auftreten. Der Rest der 13 Parteien, die ihre Wahllisten einreichen, sind die Vertretungen der ethnischen Minderheiten der Serben, Kroaten, Bosniaken und Albaner.

De facto definieren sich das Regierungsbündnis und die Mehrheit der Oppositionsparteien nicht durch programmatische Differenzen, sondern durch ihr Verhältnis zum montenegrinischen Staat. Während die politische Identität der Regierungsparteien auf der Unabhängigkeit Montenegros von Serbien basiert, trat die Mehrheit der Oppositionsparteien für den Verbleib Montenegros im Staatsverband mit Serbien ein. Nachdem 2006 in einem Referendum über die Unabhängigkeit des Landes entschieden worden war, konnten die Oppositionsparteien als Gegner des montenegrinischen Staates denunziert werden; diese wiederum konzentrierten sich nicht auf die wirtschaftlichen und sozialen Belange ihrer potentiellen Wähler, sondern stellten symbolische Fragen der staatlichen Identität – wie Nationalhymne, Flagge, Wappen und vor allem die offizielle Sprache – in das Zentrum der Auseinandersetzung. Da sich aber nur 30 bis 35 Prozent der Montenegriner als Serben verstehen, ist eine insgeheim oder offen als »serbisch« auftretende Opposition strukturell nicht mehrheitsfähig. Ein objektives Unterscheidungskriterium gibt es al-

lerdings nicht, auch wenn von Regierungsseite aus versucht wird, die Sprache zum Kriterium der ethnischen Zugehörigkeit zu machen.

Neu ist, dass sich diese ethnische Einfärbung der montenegrinischen Politik zu relativieren beginnt. Die neue Partei »Positives Montenegro«, der man einen Stimmenanteil von 11 Prozent zutraut, hat sich von Anfang an aus dem Streit um die ethnisch-staatliche Identität herausgehalten. Sie bejaht den montenegrinischen Staat und versucht anstatt ethnisch-staatlicher Symbolik Lösungen für die konkreten Probleme des Landes anzubieten. Ähnliches gilt auch für Milics SNP. Schon 2009 hatte sie den Bestand des montenegrinischen Staates nicht mehr in Frage gestellt, und 2012 tritt sie mit einem detaillierten Sachprogramm auf, das die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes ins Zentrum stellt.

Neu: Zivilgesellschaftlicher Protest als informeller Auftakt des Wahlkampfes

Im Vorfeld der Wahlen zwischen Ende 2011 und dem Frühjahr 2012 wurde ein für Montenegro neues Phänomen sichtbar: Die massive Artikulation zivilgesellschaftlichen und sozialen Protests, an dem sich die Oppositionsparteien zwar (am Rande) beteiligten, den sie aber nicht für ihre politischen Zwecke instrumentalisieren konnten. Im November 2011 protestierten – für Montenegro zum ersten Mal – mehrere tausend Studenten; ihre Forderungen richteten sich sowohl gegen die vorherrschenden Studienbedingungen als auch gegen das politische Regime generell. Der Aufruhr brach aber bereits beim zweiten Anlauf ab, wobei vermutet wird, dass die Regierung Druck auf die repräsentative Studentenorganisation ausübte. Im Frühjahr 2012 jedoch formierte sich eine breitere Protestbewegung, an der neben den Studenten auch die Union der unabhängigen Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftliche Gruppen teilnahmen, und die um die 10.000 Menschen auf die Straße brachte. Im Zentrum der Bewegung stand die Nicht-Regierungsorganisation MANS, deren Vorsitzende Wanja Calovic vorübergehend zur (nach dem Staatspräsidenten) zweitpopulärsten Politikerin des Landes wurde. Anlass der Proteste waren meist soziale Fragen, vor allem der Anstieg der Strompreise, doch nach den ersten beiden Großveranstaltungen politisierte sich die Bewegung und forderte den Rücktritt der Regierung Luksic. Mit der Zeit allerdings rafften sich immer weni-



ger Montenegriner zu den Protestversammlungen auf. MANS stellte seine Aufrufe ein, verkündete aber gleichzeitig den Sieg der Bewegung, da die kurz darauf ausgeschrieben Wahlen zur Abwahl der Regierung Luksic führen würden.

Nun ist es durchaus denkbar, dass Luksic sein Amt nach den Wahlen verliert. Dies wird aber weder das Ergebnis der Wahlen, noch der Protestbewegung, sondern der innerparteilichen Konstellationen in der DPS oder, wenn man so will, einer Entscheidung Djukanovics sein. Die Vorwahlkoalition DPS-SDP trat im Wahlkampf ohne Spitzenkandidat an, der ein Vorrecht auf die Besetzung des Amtes des Ministerpräsidenten gehabt hätte. Luksic kann also nach den Wahlen problemlos ausgetauscht werden. MANS und die Protestbewegung mögen sich dafür loben, mit ihren Protesten zur Absetzung Luksics beigetragen zu haben, in Wirklichkeit könnten sie aber nur bewirkt haben, dass Djukanovic »light« durch Djukanovic »strong« ersetzt wird.

Disclaimer

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

ISBN 978-3-86498-316-0

Über den Autor

Michael Ehrke ist Landesvertreter der FES in Serbien und in Montenegro.